

II-451 bis II-464 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 215/J - 228/J    A N F R A G E

1983 -09- 29

der Abgeordneten <sup>Dipl.-Ing.</sup> Dr. Leitner  
und Genossen  
an den Bundeskanzler \*)  
betreffend Überstundenleistungen

Im Jahre 1980 wurden in der Bundesverwaltung 34,6 Mio. Überstunden geleistet, für die 6,7 Mrd. Schilling aufgewendet werden mußten. Im Jahre 1981 stieg der Betrag, der für Überstunden gezahlt werden mußte auf 7,3 Mrd. Schilling an.

Die Bundesregierung hat angesichts dieses Anwachsens der Kosten der Überstunden beschlossen, daß im Jahre 1982 10 % der Überstunden eingespart werden sollen.

Die Anfragebeantwortungen der einzelnen Bundesminister auf die Anfragen der Abgeordneten Leitner und Genossen, die diese am 6.12.1982 (2255/J - 2268/J) an die Mitglieder der Bundesregierung über die Überstundenentwicklung im Jahre 1982 gestellt haben, lassen die für die ersten sechs Monate des Jahres 1982 angeführten Zahlen vermuten, daß es im Jahre 1982 kaum gelungen ist, 10 % der Überstunden einzusparen. Während der Bundesminister für Finanzen und der Bundeskanzler noch in Anfragebeantwortungen vom Februar 1982, II-3467, XV. GP. und II-3452, XV. GP., die Auffassung vertreten haben, daß "die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Überstunden zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen müßte und damit nicht nur das Gegenteil dessen eintreten würde, was von Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen - sondern auch ein wesentliches Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung verloren gehen würde"

---

\*) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung

Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfragen wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO Abstand genommen.

-2-

beschloß nunmehr die sozialistische Koalitionsregierung, Vertragsbedienstete verschiedener Kategorien über den im Stellenplan festgesetzten Stand aufzunehmen und dafür die Mehrdienstleistungen drastisch einzuschränken.

Um die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen und die Kosten dafür beurteilen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die Entwicklung der Überstunden im öffentlichen Dienst genau zu kennen.

Um einen Überblick über die geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen, über den Erfolg der beschlossenen Einsparung im Jahre 1982 und im ersten Halbjahr 1983 sowie über die Möglichkeiten bzw. Auswirkungen einer Umwandlung der anfallenden Überstunden in Dienstposten zu erhalten, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler

A n f r a g e :

1. Wieviele Überstunden und sonstigen Mehrdienstleistungen wurden in den Jahren 1982 und im ersten Halbjahr des Jahres 1983 in Ihrem Ressortbereich geleistet und wie verteilen sich diese auf Zentralverwaltung, auf vorgelagerte Dienststellen und auf Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen?
2. Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und Mehrdienstleistungen, der 1982 und im ersten Halbjahr des Jahres 1983 in Ihrem Ressortbereich erforderlich war ?

- 3-

3. Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und Mehrdienstleistungen, der im ersten Halbjahr des Jahres 1983 in Ihrem Ressortbereich erforderlich war und wie verhält sich dieser im Vergleich zum Vorjahr?
4. Wieviele Überstunden bzw. Mehrdienstleistungen wurden 1982 auf Grund des Regierungsbeschlusses eingespart?
5. Wieviele der geleisteten Überstunden bzw. Mehrdienstleistungen fallen regelmäßig an?
6. Wird in Ihrem Zuständigkeitsbereich der Dienstpostenplan ausgeweitet und weitere Arbeitskräfte anstelle der geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen eingestellt?
7. Wenn ja, wieviele Dienstposten wurden bzw. sollen dabei neu geschaffen werden?
8. Sind Sie dafür, Teilzeitarbeitsplätze auch für pragmatisierte Bedienstete zu schaffen?
9. Wenn nein, warum lehnen Sie die Teilzeitbeschäftigung pragmatisierter Bediensteter ab, obwohl eine solche Maßnahme arbeitsmarktpolitisch erwünscht ist?